

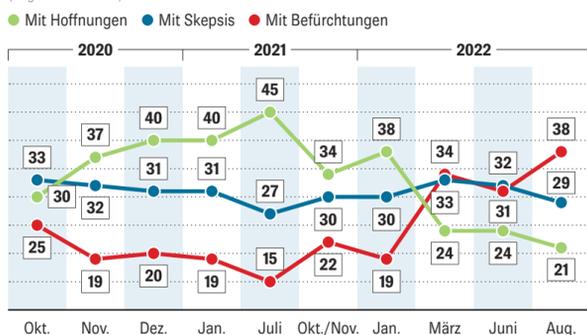


Drei Viertel der Befragten beim BaWü-Check schlagen als Energiesparmaßnahme vor, auf die nächtliche Beleuchtung öffentlicher Gebäude, wie hier dem Alten Schloss in Stuttgart, zu verzichten. BILD: CHRISTOPH SCHMIDT/DPA

Zeitenwende ja – nur nicht bei mir

Im Stimmungstief

Sehen Sie den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen? (Angaben in Prozent)



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6164/V

Die „Zeitenwende“, die Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) wegen des Ukrainekriegs und seiner Folgen Ende Februar im Bundestag konstatiert hat, ist mittlerweile bei den Bürgern im Land angekommen. Nur noch 21 Prozent der Einwohner blicken mit Hoffnungen auf die nächsten zwölf Monate – das sind weniger als bei allen vorherigen Allensbacher Umfragen. 29 Prozent äußern Skepsis und ein starkes Drittel (38 Prozent) hegt ausgesprochene Befürchtungen für das nächste Jahr. Vor Beginn des Krieges zum Jahresanfang war der Anteil noch halb so groß.

Die Demoskopen sprechen bereits von einem „historischen Stimmungstief“. Seine Ursache sehen sie im Wesentlichen darin, dass sich immer neue Krisen einstellen, ohne dass die vorherigen gelöst wären. Die aktuelle Meinungsumfrage der Zeitungen im Land fühlt den Bürgern auf den Zahn, was das im Ein-

zeln bedeutet, wo sie sich umstellen – und wo eher nicht:

Wenn es in der politischen Krise so etwas wie Glück im Unglück gibt, dann profitiert die Landespolitik derzeit davon, dass die Baden-Württemberger nach Berlin blicken, wenn es um Lösungen für die aktuelle Gaskrise geht. Die Energieversorgung im Winter zu bezahlbaren Preisen sicherzustellen, das erwarten die Befragten nicht von der Landespolitik, sondern von der Bundesregierung.

Tatsächlich sind die Prioritäten der Bevölkerung in Teilen unverändert: Wie schon nach der Landtagswahl 2021 sehen zwei von

drei Bürgern es als wichtigste Priorität, dass das Land ausreichend bezahlbaren Wohnraum bereitstellt. Fast genauso viele Menschen (63 Prozent) halten eine ausreichende Zahl von Pflegekräften für besonders wichtig. Klima- und Umweltschutz gehören für 49 Prozent weit oben auf die politische Agenda – deutlich vor



Die politischen Prioritäten der Bevölkerung

Hier sind verschiedene politische Ziele aufgeschrieben. Welche dieser Ziele halten Sie für die Politik hier in Baden-Württemberg für besonders wichtig? (Angaben in Prozent)



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6164/V

Wenig Hoffnung, viele Sorgen – so sehen die Bürgerinnen und Bürger die Zukunft im aktuellen BaWü-Check, einer von den baden-württembergischen Zeitungsverlagen in Auftrag gegebenen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach. Die

Krisenstimmung ist im Land angekommen. Viele hoffen noch darauf, persönliche Einschränkungen abwenden zu können. Gleichzeitig sinkt das Vertrauen in die grün-schwarze Regierung, die Auswirkungen der Krise mit einer soliden Finanzpolitik bewältigen zu können

Von Bärbel Krauß

Landesweite Umfrage

■ Der BaWü-Check ist eine Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg, die das Institut für Demoskopie Allensbach durchführt.

■ In der Zeit vom 8. bis zum 14. August 2022 wurden in Baden-Württemberg 1068 erwachsene Personen online befragt.

■ Die Teilnehmer erhielten eine E-Mail und konnten über einen Link zum Fragebogen gelangen. Dieser umfasste 13 Fragen.

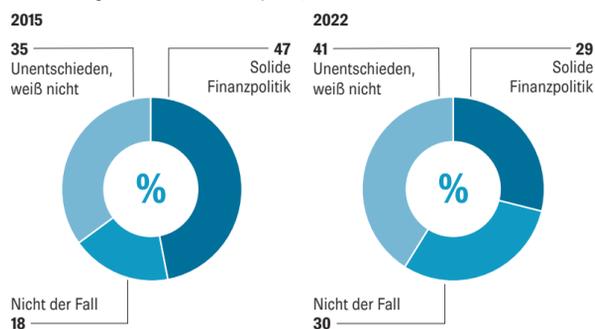
■ Die Teilnehmer konnten dabei vorgegebene Antworten anklicken.

■ Befragt wurden Personen ab 18 Jahren aus der deutschsprachigen Bevölkerung in Baden-Württemberg.

■ Die repräsentative Stichprobe wurde durch eine nach Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Regierungsbezirk geschichtete Zufallsauswahl ermittelt, erklärt das Institut für Demoskopie in Allensbach. pö

Ambivalentes Urteil über die Finanzpolitik

Wie sehen Sie das ganz allgemein: Macht die Landesregierung in Baden-Württemberg Ihrer Meinung nach eine solide Finanzpolitik, oder ist das nicht der Fall?



Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen 6164/V; Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

der Bekämpfung von Kriminalität und Verbrechen (40 Prozent), einer Verbesserung des Straßen- und Schienennetzes im Land (37 Prozent) oder verlässlicher Kinderbetreuung (30 Prozent).

Trotz einer ganzen Serie milliardenschwerer Unterstützungsprogramme – erst wegen der Coronapandemie, dann wegen der Gas- und Energiekrise in Folge des Krieges in der Ukraine – bewerten die Menschen im Land die Haushaltslage ziemlich entspannt. Jedenfalls hat fast die Hälfte der Bürger (47 Prozent), die beim jüngsten BaWü-Check befragt wurden, die Finanzsituation in Baden-Württemberg als gut oder sehr gut eingestuft. 36 Prozent nannten die Lage nicht so oder gar nicht gut.

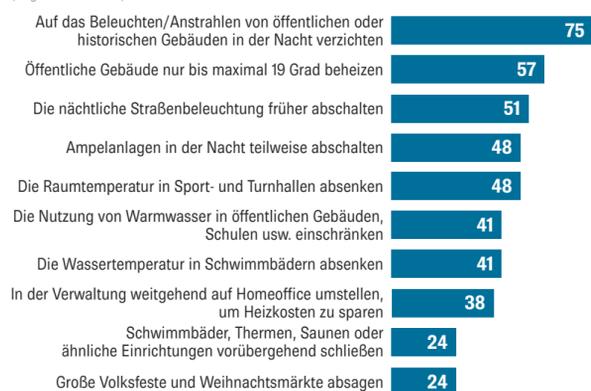
Die Zahl derjenigen, die Grün-Schwarz eine solide Finanzpolitik zuschreiben (29 Prozent), und der Anteil, der dies nicht tut (30 Prozent), halten sich ziemlich die Waage. Einen strikten Sparkurs bejaht nur ein knappes Drittel (31 Prozent). Dagegen hält eine satte Mehrheit von 54

Prozent die Aufnahme neuer Schulden im Doppelhaushalt 2023/24 für unumgänglich. Noch besser als die Finanzsituation des Landes schätzen die Bürger die Lage ihrer jeweiligen Gemeinde ein: Jeder zweite hält die Finanzkraft seines Wohnorts für gut oder sehr gut.

Zugleich ist die Erwartung verbreitet, dass der Heimatort wegen der Energiekrise Sparmaßnahmen verhängen wird. Allerdings werden vor allem Maßnahmen unterstützt, die keine persönliche Beeinträchtigung bedeuten: Den Verzicht auf das Anstrahlen historischer Gebäude finden drei Viertel der Befragten gut, niedere Temperaturen in öffentlichen Gebäuden befürwortet mehr als jeder Zweite. Aber nur jeder Vierte befürwortet, dass Schwimmbäder und Saunen geschlossen oder Volksfeste und Weihnachtsmärkte abgesagt werden. „Es fällt Bürgerinnen und Bürgern offensichtlich leicht, vor allem Vorschläge zu unterstützen, von denen sie persönlich nur wenig betroffen sind“, schließen die Demoskopen.

Viel Unterstützung für konkrete Maßnahmen zum Energiesparen in den Kommunen

Angesichts der drohenden Engpässe bei der Energieversorgung im Herbst und Winter gibt es verschiedene Vorschläge, wie Städte und Kommunen Energie einsparen können. Welche der folgenden Vorschläge fänden Sie gut, wie sollte Energie eingespart werden? (Angaben in Prozent)



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6164/V

Opposition kritisiert Stellenplan

Haushalt: Koalitionsspitzen einigen sich auf Etatplan

Stuttgart. Um Lehrermangel und Unterrichtsausfall an den Schulen zu bekämpfen, reicht die Planung der grün-schwarzen Koalition für den Doppelhaushalt 2023/2024 nach Ansicht von Opposition und Gewerkschaft nicht aus. Im Bereich der Bildung springe die Landesregierung zu kurz, warf ihr der SPD-Landes- und Fraktionschef Andreas Stoch am Dienstagmorgen vor. „500 zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer bedeutet, dass gerade einmal eine von zehn Lücken geschlossen wird“, sagte er.

Die Spitzen der Koalition hatten sich am späten Montagabend auf die Schaffung von insgesamt knapp 1700 neuen Stellen im Haushalt verständigt. Für den Bereich Bildung soll es 700 neue Stellen geben, darunter 500 für neue Lehrkräfte. Die Bildungs-gewerkschaft GEW warf dem Finanzminister vor, zu sehr an der Vermeidung von Schulden interessiert zu sein. Monika Stein, die Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), in Stuttgart, forderte zusätzlich zu 500 Stellen kurz- und mittelfristige Maßnahmen. Auch der Philologenverband sieht weiteren Bedarf. „Die 500 zusätzlichen Stellen sind bei weitem nicht genug“, sagte der Landesvorsitzende Ralf Scholl.

Die Sitzung der Haushaltskommission hatte sich am Vortag etwa sieben Stunden hingezogen. Nach den Planungen soll unter anderem der Justizvollzug deutlich gestärkt werden. Die meisten neuen 442 Stellen im Bereich Justiz gehen dorthin. Für Innere Sicherheit sind 412 neue Stellen vorgesehen, darunter 300 für die Polizei. Weitere Stellen sollen es an den Hochschulen und in der Bauverwaltung geben. In den Ministerien sollen 20 neue Stellen geschaffen werden.

Zudem entschieden Grüne und CDU, angesichts der Energiekrise an dem schon geplanten Risikopuffer von 1,46 Milliarden Euro festzuhalten. Wegen der hohen Inflation will das Land eine Milliarde Euro zurücklegen. Der Puffer für mögliche Mindereinnahmen durch Entscheidungen des Bundes umfasst 460 Millionen Euro. Die Spitzen der Koalition hatten schon vorher vereinbart, dass die Schuldenbremse eingehalten werden soll. lsw

Mehr Lehrer in Teilzeit

Statistik: 56,6 Prozent arbeiten nicht voll

Stuttgart. Trotz des deutlichen Personalmangels an den Schulen entscheiden sich laut Statistischem Landesamt immer mehr Lehrerinnen und Lehrer für Teilzeit. Im Schuljahr 2021/2022 arbeiteten knapp 56,6 Prozent und somit mehr als die Hälfte der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen nicht voll. Der Anteil der Lehrerinnen und Lehrer in Vollzeit ging um 1,8 Prozent zurück, wie das Landesamt am Dienstag mitteilte.

Für den Trend macht die Gewerkschaft unter anderem die Arbeitsbedingungen verantwortlich. „Lehrkräfte, Schulleitungen und alle am Schulleben Beteiligten sind nach drei Schuljahren im Zeichen von Corona und einem Schuljahr im Zeichen des Ukraine-Krieges oft am Ende ihrer Kräfte“, sagte die Landesvorsitzende der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft, Monika Stein. Neben der steigenden Zahl von Anträgen auf Teilzeit gäben immer mehr Lehrkräfte ihre Leitungsfunktionen auf und verzichteten auf Teile ihres Gehalts. lsw